

# Auer Tageblatt

Bestellungen nehmen die Anzeigen- und die Druckerei des Verlegers entgegen. — Erscheint wöchentlich. — Preis pro Nummer 10 Pf. — Preis für den Abnehmer 10 Pf. — Preis für den Abnehmer 10 Pf. — Preis für den Abnehmer 10 Pf.

## Anzeiger für das Erzgebirge

Verleger: Die Anzeigenverwaltung des Erzgebirges für das Erzgebirge, 1000 Chemnitz, Postfach 1000. — Preis pro Nummer 10 Pf. — Preis für den Abnehmer 10 Pf. — Preis für den Abnehmer 10 Pf.

Telegramme: Tageblatt Erzgebirge. Enthaltend die amtlichen Bekanntmachungen des Rates der Stadt und des Amtsgerichts Rne. Postfach-Konto Amt Leipzig Nr. 199

Nr. 114

Mittwoch, den 19. Mai 1926

21. Jahrgang

### Marx vor großen Schwierigkeiten.

Flaggenfrage. — Fürstenabfindung. — Unveränderter Außenkurs.

Berlin, 17. Mai. Reichspräsident v. Hindenburg hat den bisherigen Reichsjustizminister Dr. Marx zum Reichskanzler ernannt und ihn gleichzeitig mit der einstweiligen Wahrnehmung der Geschäfte des Reichsministers der Justiz und des Reichsministers für die besetzten Gebiete beauftragt. Ferner hat der Reichspräsident auf Vorschlag des Reichskanzlers Dr. Marx die Mitglieder der bisherigen Reichsregierung in ihren Ämtern bestätigt.

#### Erste Kabinettsitzung.

Das neue Reichskabinettsitzung ist, der „Dezer“ zufolge, heute vormittag um 1/11 Uhr zu seiner ersten Sitzung zusammengetreten, um die Konstituierung der Reichsregierung in ihrer veränderten Fassung vorzunehmen. Die Sitzung fand unter Vorsitz des neuen Reichskanzlers Dr. Marx statt. Die Regierungserklärung dürfte, wie das Blatt wissen will, zum Ausdruck bringen, daß die Regierung bemüht sein werde, der Aufforderung des Reichspräsidenten, eine Einheitsflagge für das Deutsche Reich zu schaffen, schnellstens Folge zu leisten. Die vorbereitenden Arbeiten würden mit größter Beschleunigung betrieben werden, so daß die verfassungsmäßige Erledigung der Flaggenfrage noch vor dem Sommer möglich sein werde. Die Regierungserklärung werde ferner betonen, daß die bisherige Politik des Kabinetts unverändert fortgeführt werde, besonders gelte dies von der Außenpolitik, deren gleichmäßige Fortsetzung einen feststehenden Programmpunkt bilden werde.

#### Parteilührer-Besprechung des Reichskanzlers Dr. Marx.

Den Blättern zufolge wird Reichskanzler Dr. Marx heute nachmittag die Führer der Regierungsparteien empfangen, um mit ihnen die Flaggenfrage und die parlamentarische Behandlung der Regierungserklärung zu erörtern. Dem „Berliner Tageblatt“ zufolge ist anzunehmen, daß die Debatte über die Regierungserklärung, deren Abgabe voraussichtlich kaum vor Mittwoch erfolgen dürfte, noch vor den Pfingstferien zum Abschluß kommen werde. Das genannte Blatt rechnet mit einem Vertrauensvotum durch die Mittelparteien und die Sozialdemokraten.

#### Die Berliner Presse zu dem Kabinetts Marx.

Aus den Kommentaren der deutschnationalen Blätter zur Bildung eines Übergangskabinetts Marx ist zu entnehmen, daß die Deutschnationalen vorläufig keine Opposition um jeden Preis treiben werden. In der „Deutschen Tageszeitung“ heißt es: Das Verbleiben der Demokraten in der Koalition, sowie die unfreundliche Haltung des Zentrums machen die Stellung der Deutschnationalen Volkspartei besonders schwierig, wenn sie auch schwerlich Interesse an dem sofortigen Ausdruck einer neuen Krise haben könnte. Die „Kreuzzeitung“ glaubt nicht, daß eine Anlehnung an die Sozialdemokratie sich werde verwirklichen lassen. Dazu seien gerade in den akuten politischen Fragen die Anschauungs-

gegenläufige zu groß. Außerdem bestünde sich die Sozialdemokratie in einer so prononcierten Offensiv gegenüber dem Bürgertum, daß sie ihre Anhänger — auch wenn sie wollte — nicht mehr zurückrufen könne. So werden sich schließlich das Blatt, die bürgerlichen Parteien eines schönen Tages von selbst in eine gemeinsame Abwehrfront gedrängt sehen. — Die „Kämpfe Rundschau“ setzt sich mit den Deutschnationalen auseinander und sagt: Wenn mit der Verlautbarung, die gestern von der Deutschen Volkspartei und dem Zentrum ausgegeben worden ist, ein deutlicher Strich gegenüber den Deutschnationalen gezogen worden ist, so ist das die Konsequenz der bisher von der deutschnationalen Partei in außenpolitischen Fragen eingenommenen Haltung und formell die Konsequenz, die sich aus der von uns wiederholt kritisierten Haltung der deutschnationalen Fraktion bei der Abstimmung über das Mißbilligungsvotum gegen Dr. Luther ergibt. Das Blatt sagt dann weiter: Die Parole kann nicht lauten: Gegen den Staat, sondern nur: Heran an den Staat. Das ist jene Parole, deren Verwirklichung der Reichspräsident ist, der auch jetzt wieder alles getan hat, um die schnelle Beendigung der Krise in diesem Sinne zu ermöglichen, obwohl die Entlohnung, die die Dinge nehmen, gemäß seinen eigenen Anschauungen nicht entspricht. — Die „Germania“ sagt: Der Entschluß, das Reichskanzleramt zu übernehmen, ist Dr. Marx und der Zentrumspartei nicht leicht gefallen, aber die Erwägung, daß die Lage des Reiches eine schnelle Erledigung der Regierungskrise verlangt, und die am Sonntag erfolgte Klärung des Verhältnisses zur Deutschen Volkspartei haben die Fraktion schließlich bestimmt, ihren Fraktionschef für das Reichskanzleramt freizugeben.

Die Wiener „Neue Freie Presse“ schreibt: Die Ernennung Dr. Marx' zum Reichskanzler ist eine erfreuliche Lösung. Der Name Marx ist in der ganzen Welt aufs beste bekannt. Er genießt auch bei den Parteien des Reichstages Sympathien, und so wird seine Bestellung zum Reichskanzler es am ehesten ermöglichen, die Regierungskoalition der Mitte, der auch die Deutsche und die Bayerische Volkspartei angehören, über die Gefahr einer Spaltung hinwegzubringen. Dr. Marx hat die Politik des Dawesplanes und die Verständigung in London möglich gemacht und dadurch die Grundlage für das Werk von Locarno gelegt. Es ist für die äußere wie für die innere Politik Deutschlands eine Beruhigung, daß in diesem Augenblick die Führung der Reichs-geschäfte diesem erfahrenen Politiker anvertraut wird.

Zur Flaggenfrage schreibt das Blatt noch: In Oesterreich hat Schwarz-Rot-Gold immer als natürliches Veranlassung gegolten, und das Gefühl ist hier allgemein, daß es notwendig ist, eine Form zu finden, die diesen alten Farben ihr volles Recht läßt, aber zugleich doch auch den Empfindungen derer Rechnung trägt, die gewiß nicht mit Unrecht darauf hinweisen, daß der große Aufschwung zur wirtschaftlichen Weltmacht unter den von Bismarck für das Kaiserreich von 1870 gewählten Farben gesehen ist.

### Nachwehen des englischen Generalstreiks.

Kosten 750 000 Pfund!

London, 17. Mai. Die Arbeit wird überall in normaler Weise wieder aufgenommen, auch in den Seehäfen. In Manchester weigern sich jedoch die organisierten Lohndarbeiter, mit den nicht organisierten zusammenzuarbeiten, deren Entlassung die Behörden ablehnen.

In Beantwortung einer Anfrage bezifferte Churchill die durch den Streik verursachten Ausgaben der Regierung auf 750 000 Pfund Sterling. Es bestehe jedoch, so sagte Churchill weiter, keine Notwendigkeit, eine Steuererhöhung vorzuschlagen.

#### Russische Millionen.

Moskau, 18. Mai. Der Bergarbeiterkongress der Sowjetunion erhielt vom Sekretär der britischen Bergarbeiterföderation ein Telegramm, worin um Ueberweisung der vom Gewerkschaftsrat der Sowjetunion gesammelten 2 600 000 Rubel an die englische Bergarbeiterföderation gebeten wurde.

#### Die Kohlenfrage.

London, 17. Mai. Aller Voraussicht nach wird Premierminister Baldwin, ehe sich das Unterhaus über Pfingsten vertagt, eine Erklärung über die Lage in der

Kohlenfrage abgeben. Seine Vorschläge werden auf der einen Seite eine unmittelbare Verminderung aller die Mindestlöhne überschreitenden Löhne verlangen, gleichzeitig aber werden sie darauf dringen, daß der gesamte Nettoertrag der Bergwerksindustrie nach den Ausweisen für die Zeit von Januar bis März für Löhne aufgewandt werden soll, so daß endgültig die Löhne den Vorrang vor den Gewinnströmen erhalten sollen. Das Ausmaß der Lohnverminderungen würde in einem gewissen Maße beschränkt werden durch die Verbilligung des Vertrages von drei Millionen Pfund, den die Regierung als letzte Zuversicht für die Kohlenindustrie den Arbeitgebern zur Verfügung stellen will. Nach Ablauf einer Zwischenzeit, die nur wenige Wochen betragen dürfte, würden die Löhne durch einen gemeinsamen Ausschuß von Bergwerksbesitzern und Arbeitern festgesetzt werden. Ein unparteilicher Vorsitzender würde in diesen Ausschüssen für den Fall, daß die beiden Parteien keine Einigung erzielen können, bevollmächtigt sein, eine Entscheidung zu treffen. Die gesetzgeberischen und Verwaltungsmaßnahmen, die eine dauernde Regelung für die Industrie schaffen sollen, werden, wenn der Plan zur Regelung der Streitigkeiten sich als annehmbar erweist, vor dem größten Teil der sonstigen, dem Parlament vorliegenden Aufgaben zur Erledigung gebracht werden.

### Die Ratskrise gelöst.

Genf, 17. Mai. Die Ratskrise ist in der heutigen Sitzung der Studienkommission gelöst worden, soweit von einer Lösung bei Aufrechterhaltung der spanischen und brasilianischen Forderungen nach ständigen Ratsmitgliedern die Rede sein kann. Die in der heutigen Sitzung wieder zur Sprache gekommenen oder neu aufgetauchten Schwierigkeiten dürften nicht darüber hinwegtäuschen, daß dem Völkerbundesrat für die Regelung der Frage nunmehr folgende Grundzüge, ob in der Form eines Berichtes oder in anderer Form, als einstimmige Ansicht der 15-gliedrigen Studienkommission vorgelegt werden:

Artikel 1: Die nichtständigen Mitglieder des Rates werden für die Dauer von drei Jahren gewählt. Sie treten ihr Amt sofort nach ihrer Wahl an. Jedes Jahr wird ein Drittel der Mitglieder gewählt.

Artikel 2: Ein ausscheidendes Mitglied kann während der auf den Ablauf seines Mandats folgenden drei Jahre nicht wiedergewählt werden, es sei denn, daß die Bundesversammlung bei Ablauf des Mandats oder im Laufe dieser drei Jahre mit einer Mehrheit von zwei Dritteln anders beschließt. Jedoch darf die Zahl der auf diese Weise wiedergewählten Mitglieder nicht mehr als ein Drittel der Gesamtzahl der im Rat sitzenden nichtständigen Mitglieder betragen. Zum Zweck der Einführung des neuen Systems kann sich der im vorstehenden Absatz vorgesehene Beschluß bei den Wahlen im Jahre 1927 nicht nur auf diejenigen Mitglieder erstrecken, deren Mandat alsdann abläuft, sondern auch auf diejenigen, deren Mandat im Jahre 1928 und im Jahre 1929 abläuft.

Artikel 3: Ungeachtet der vorstehenden Bestimmungen kann die Bundesversammlung jederzeit mit Zweidrittelmehrheit beschließen, daß in Anwendung des Artikels 4 der Sitzung zu einer Neuwahl aller nichtständigen Mitglieder des Rates geschritten wird. In einem solchen Falle ist es Sache der Bundesversammlung, die für diese Neuwahl geltenden Regeln festzusetzen.

Artikel 4: Die Zahl der gewählten Mitglieder wird auf neun erhöht.

Artikel 5: Damit das vorstehende System in Kraft treten kann, werden in der nächsten Bundesversammlung so schnell wie möglich neun Mitglieder gewählt. Drei von ihnen werden für eine Dauer von drei Jahren, drei für eine Dauer von zwei Jahren und drei für die Dauer eines Jahres gewählt.

Der Widerstand des brasilianischen Delegierten gegen den in Artikel 1 festgelegten sofortigen Amtsantritt der nichtständigen Ratsmitglieder nach ihrer Wahl kann zwar nach der Erklärung, die Rentarres heute abgegeben, nicht als stillschweigende Zustimmung ausgelegt werden, hinderte aber trotz der Stimmenthaltung der drei Südamerikaner und des Spaniers die Annahme nicht.

Für starker Vorbehalt wurde dann nur noch von dem schwedischen Delegierten zu der Bestimmung der Zahl der nichtständigen Mitglieder gemacht, da Schweden nach wie vor eine Erhöhung dieser Zahl nicht für notwendig hält und nur nachgibt, um die Einstimmigkeit der Beschlußfassung zu ermöglichen.

Für die Vollenbung des Reformplanes ergab sich aber nun ein sachlich nicht schwer wiegendes, aber formal außerordentlich schwer zu behandelndes Hindernis. Guant (Uruguay) und der chinesische Delegierte forderten, daß in dem Plane die übrigens allgemein anerkannten Grundzüge für die geographische Verteilung der neun nichtständigen Sitze festgelegt werden soll, drei für Lateinamerika, zwei für Asien usw., vier für Europa. Selbst ein so gewiegter Jurist wie Scialoja mußte sich außerstande erklären, für diese Verteilung eine juristisch haltbare Formel aufzustellen, die nicht im direkten Widerspruch zum Völkerbundsstatut die Freiheit der Versammlung stark beeinträchtigen würde.

Praktisch wäre die Ratskrise in einem auch für Deutschland durchaus annehmbaren Sinne gelöst, wenn Spanien und Brasilien sich mit der Möglichkeit der Wiederwahl begnügen, statt auf den ständigen Sitz zu bestehen. Die Frage der ständigen Sitze bleibt aber jedenfalls noch bis zur zweiten Tagung der Studienkommission offen. Alles andere sind Fragen zweiten Ranges, die von der Völkerbundesversammlung bei konzilianter Durchführung des Reformplanes leicht geregelt werden können.

### Der deutsch-schwedische Handels- und Schifffahrtsvertrag unterzeichnet.

Berlin, 17. Mai. Der Handels- und Schifffahrtsvertrag zwischen dem Deutschen Reich und dem Königreich Schweden ist am 14. Mai unterzeichnet worden.